



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Stellungnahme

zum

Postulat

Nr. 306 2010/2012

von Katharina Hubacher und Ali R. Celik namens
der G/JG-Fraktion

vom 12. März 2012

(StB 678 vom 27. Juni 2012)

Begegnungszone vor der Uni

Der Stadtrat nimmt zum Postulat wie folgt Stellung:

Im Postulat wird der Stadtrat dazu aufgefordert, sich für die Einführung einer Begegnungszone einzusetzen, welche von der Lichtsignalanlage beim Bahnhof über die Robert-Zünd-Strasse und die Frohburgstrasse bis zum Lichtsignalgesteuerten Fussgängerübergang vor dem Inseliquai reichen soll.

Als Begründung für diese Forderung wird im Postulat argumentiert, dass das Langsamverkehrsaufkommen auf dem Strassenabschnitt vor dem neuen Universitätsgebäude stark zugenommen habe. Verantwortlich für das hohe Aufkommen des Fuss- und Veloverkehrs sei, neben den bestehenden Langsamverkehrsströmen zur Poststelle sowie in Richtung Tribtschen und Inseli, der neue Universitätsstandort an der Frohburgstrasse. Laut Postulat werden die betreffenden Strassenabschnitte vom motorisierten Verkehr vor allem als Zu- und Wegfahrt zu den umliegenden Parkhäusern benutzt. Die vermehrt im Strassenraum anzutreffenden schwächeren Verkehrsteilnehmer würden nicht genügend geschützt. Durch die Signalisation einer Begegnungszone mit Höchstgeschwindigkeit 20 km/h und Vortritt für den Fussverkehr könnte laut Postulat die Verkehrssituation beruhigt und dadurch ein besserer Schutz für den Langsamverkehr erreicht werden. Ausserdem würde der Universitätsvorplatz qualitativ aufgewertet.

Der Stadtrat setzt sich grundsätzlich für verkehrsberuhigende Massnahmen sowie für die Förderung des Fuss- und Radverkehrs ein. Dazu ist er auch aufgrund des vom Souverän im Jahr 2010 als Gegenvorschlag zur Städteinitiative angenommenen Reglements für eine nachhaltige städtische Mobilität verpflichtet. Darin wird insbesondere festgehalten, dass der Modalsplit zugunsten des ÖV und des Langsamverkehrs erhöht werden muss.

Die Aufenthaltsqualität im Strassenraum könnte durch die Einführung einer Begegnungszone für den Fussverkehr wohl erhöht werden. Allerdings gehen die Anforderungen an eine Begegnungszone weit über eine reine Signalisation hinaus. Der Strassenraum müsste baulich so umgestaltet werden, dass unter anderem die Trennung der Verkehrsarten aufgehoben und eine Mischverkehrsfläche entstehen würde. Im Bereich des Bahnhofplatzes ist dies aufgrund der verkehrsorientierten Nutzung der Strassenabschnitte für den Stadtrat keine Option. Im Bereich vor der Universität könnte der Raum zwar vor allem gestalterisch aufgewertet werden. Da die Veloparkplätze der Universität hinter dem Universitätsgebäude liegen, gibt es

aber nur wenige Fussverkehrsbewegungen quer zur Frohburgstrasse (von der Universität zum KKL). Der Fussverkehr würde daher nur bedingt von einer neuen Regelung mit Begegnungszone profitieren. Für den Radverkehr, welcher zwischen Bahnhof und Alpenquai mit den Zielen Ufeschöttli und Kantonsschule eine grosse Bedeutung hat, würde sich die Situation sogar verschlechtern.

Für den Stadtrat sind die verkehrstechnischen Voraussetzungen für eine Begegnungszone aus den genannten Gründen zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben. Kommt hinzu, dass der funktionale Nutzen eher klein wäre, während gleichzeitig mit hohen Kosten für die Umgestaltung gerechnet werden müsste. Der Stadtrat weist zudem darauf hin, dass die Einführung einer Begegnungszone in diesem Bereich bereits im Rahmen der Planung des Universitätsneubaus geprüft und unter anderem auch aus den oben genannten Gründen nicht ins Projekt aufgenommen wurde. Da gerade an diesem Standort durch eine Begegnungszone auch nicht mit einer Erhöhung des Langsamverkehrsanteils am Modalsplit gerechnet werden kann, zieht es der Stadtrat deshalb vor, auf eine weitere Prüfung zu verzichten und die zurzeit sehr beschränkten finanziellen Mittel für andere Projekte zu verwenden. Die Prüfung der Einführung einer Begegnungszone kommt für den Stadtrat erst in Kombination mit einem weitergehenden Projekt wie der Umgestaltung des Inselquais in Frage.

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Der Stadtrat von Luzern

